

ANFRAGE

des Abgeordneten Josef A. Riemer
und weiterer Abgeordneter
an die Bundesministerin für Gesundheit
betreffend der Hundekadaver in Mayrhof

Wie die Oberösterreichischen Nachrichten kürzlich berichteten, erhebt der Präsident des oberösterreichischen Verbandes für Tierrettungswesen Vorwürfe gegen die Behörden.

Auf einem abgelegenen Anwesen in Mayrhof/Oberösterreich wurden kürzlich von der Amtstierärztin 38 mumifizierte und skelettierte Hundekadaver gefunden. Die Besitzerin des Hofes betreute seit zehn Jahren Problemhunde aus den Tierheimen in Salzburg, Wien und Passau. Der Bezirkshauptmann Rudolf Greiner weist Vorwürfe zurück: "Sie hat die Hunde privat gehalten, wir hatten keine Erlaubnis, das Haus zu betreten." Erst nach Anordnung der Polizei, wegen Gefahr im Verzug, konnte das Haus betreten werden. Nachdem die Bezirkshauptmannschaft erstmals im Juni 2014 auf die Missstände der Tiere am Hof aufmerksam wurde, entdeckte die Amtstierärztin bei einer erneuten, unangekündigten Nachschau, Anfang Dezember, die verendeten Tiere im Inneren des Hauses. Die Hundekadaver waren in Plastiksäcke verpackt oder noch in ihren Boxen.

Laut Presseartikel erwarten die Hofbesitzerin Verwaltungsstrafe, Tierhalteverbot und Anzeigen wegen Tierquälerei.

In diesem Zusammenhang richten die unterfertigten Abgeordneten an die Bundesministerin für Gesundheit, folgende

Anfrage

1. Wird nachgeprüft, ob die zuständigen Behörden in diesem Fall angemessen gehandelt haben?
2. Falls ja, haben die zuständigen Behörden angemessen gehandelt?
3. Falls nein, wieso nicht?
4. Gab es in den letzten 5 Jahren innerhalb Österreichs weitere Fälle, bei denen Tiere qualvoll verhungern bzw. verdursten mussten?
5. Falls ja, wie viele?
6. Mit welchen Strafen wird die Verletzung der Meldepflicht bei Hunden geahndet?
7. Werden Sie Maßnahmen setzen um die Strafen für Tierquäler zu verschärfen?
8. Wie wird ein Tierhalteverbot in Österreich kontrolliert und bei Verstoß geahndet?


JT


J. Kleinsch


Schrammel